

Staatsanwaltschaft entlastet Messe-Chef Tobias von Vorwürfen

Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat Ermittlungen gegen Mario Tobias, den Chef der Messe Berlin, eingestellt. Grund sind Vorwürfe der Untreue und des Betrugs, die von der IHK-Potsdam erhoben wurden.

Potsdam, Deutschland - NAG/NAG Redaktion

Die Aufregung um Mario Tobias, den Chef der Messe Berlin, hat in den letzten Wochen für viel Gesprächsstoff gesorgt. Am Freitag gab die Staatsanwaltschaft Potsdam bekannt, dass es keinen Anfangsverdacht gegen Tobias gibt, was die Vorwürfe der Untreue und des Betrugs betrifft. Diese Vorwürfe waren im September 2024 von der Industrie- und Handelskammer Potsdam (IHK-Potsdam) erhoben worden, nachdem ein Rechtsgutachten und Prüfberichte auf mögliche Unregelmäßigkeiten hingewiesen hatten. Laut **rbb24** sind die Vorwürfe jedoch als unbegründet zurückgewiesen worden.

Die IHK hatte Tobias vorgeworfen, seine Pflichten als Hauptgeschäftsführer verletzt zu haben, indem er dem Präsidium Informationen über seinen neu verhandelten Vertrag vorenthalten hatte. Dies führte zu einem massiven Vertrauensverlust innerhalb der IHK, die daraufhin eine Strafanzeige stellte. Mario Tobias wies die Vorwürfe vehement zurück und betonte, dass der IHK kein Schaden entstanden sei. Er erklärte: Die Vorwürfe zu Untreue, Betrug oder sittenwidriger Schädigung sind allesamt unzutreffend.

Vertragsdetails und mögliche

Unregelmäßigkeiten

Die Hintergründe der Vorwürfe sind komplex. Ein von der IHK in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten stellte fest, dass beim Abschluss von Tobias Dienstvertrag gegen die Satzung der IHK verstoßen worden sei. Der Vertrag sah eine erhebliche Erhöhung seines Gehalts vor, das von rund 152.000 Euro auf 195.000 Euro anstieg, mit jährlichen Erhöhungen von 6.000 Euro. Zudem wurde eine leistungsabhängige Zielprämie von bis zu 20 Prozent des Grundgehalts vereinbart. Dies führte dazu, dass Tobias bis zu seinem Ausscheiden im oberen Bereich der Vergütungsskala für vergleichbare Positionen rangierte.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Alters- und Hinterbliebenenversorgung, die im Falle einer längeren Amtszeit von Tobias zu Zahlungsverpflichtungen in Höhe von bis zu 2,7 Millionen Euro für die IHK geführt hätte. Diese Zahlungen wären für die Kammer eine erhebliche Belastung gewesen, was die Vorwürfe umso brisanter macht.

Die Rolle der IHK und die Folgen

Die IHK-Präsidentin Ina Hänsel, die die Strafanzeige gegen Tobias unterzeichnete, erklärte, dass sie alles versucht habe, um den Fall aufzuklären. Sie kritisierte, dass Tobias die Satzung der IHK hätte kennen müssen und darauf hätte hinweisen müssen, wenn dagegen verstoßen wird. Trotz der schweren Vorwürfe hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen eingestellt, was die Situation für Tobias etwas entspannen könnte.

Die IHK hat sich nun auf die Suche nach weiteren rechtlichen Schritten gemacht, um mögliche Schadensersatzansprüche zu prüfen. Ein Gutachter hat bereits festgestellt, dass der IHK durch die Vertragsunterzeichnung mit Tobias möglicherweise ein Schaden in Höhe von mindestens 250.000 Euro zustehen könnte.

Die Entwicklungen rund um Mario Tobias werfen ein Schlaglicht

auf die internen Strukturen und Entscheidungsprozesse innerhalb der IHK Potsdam. Die Tatsache, dass viele Präsidiumsmitglieder über die Vertragsverlängerung nicht informiert waren, lässt Fragen zur Transparenz und zur Verantwortlichkeit aufkommen. Die IHK steht nun vor der Herausforderung, das Vertrauen ihrer Mitglieder zurückzugewinnen und sicherzustellen, dass solche Vorfälle in Zukunft vermieden werden.

Die Situation bleibt angespannt, und die Aufklärung der Vorwürfe wird weiterhin von der IHK und der Öffentlichkeit genau beobachtet. Die kommenden Monate könnten entscheidend dafür sein, wie sich die IHK und Mario Tobias in der Öffentlichkeit positionieren werden, während die rechtlichen und finanziellen Folgen dieser Kontroversen noch lange nicht geklärt sind.

Details	
Ort	Potsdam, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de